



„Diese Politiker verhindern Aufarbeitung“

Der Wolfsburger Zahnarzt im Ruhestand Jens Knippahls fordert von den Lokalpolitikern seiner Stadt eine Aufarbeitung der Corona-Zeit. Doch ein für Ende Januar vereinbartes Gespräch von Vertretern der Stadt und Kritikern der Maßnahmen, darunter Ärzten und Impfgeschädigten, wurde vom Oberbürgermeister Dennis Weilmann (Bild oben) kurzfristig wieder abgesagt. Multipolar sprach mit dem Initiator über die Hintergründe.

KARSTEN MONTAG, 4. Februar 2025, 0 Kommentare

Multipolar: Die Corona-Krise hat vor fünf Jahren begonnen. Was war Ihre spontane Reaktion, als im März 2020 die ersten rigorosen Maßnahmen beschlossen wurden und der Bundestag eine „epidemische Lage nationaler Tragweite“ feststellte?

Knippahls: Ich muss zugeben, dass ich am Anfang Angst vor diesem Virus hatte. Ich habe befürchtet, dass es aus einem Gain-of-functions-Labor entschwunden sein könnte, und man deshalb nicht einschätzen konnte, wie gefährlich diese Corona-Variante ist. Es hat bei mir ein paar Monate gedauert, bis ich meine Meinung geändert habe. Irgendwann habe ich angefangen, mich mit Inzidenz- und R-Werten zu beschäftigen. Im Nachhinein ist mir dann klar geworden – und das konnte man sogar auf den Seiten des RKI nachlesen –, dass der R-Wert Ende März 2020 schon von alleine wieder unter eins gefallen war. Das heißt, die Infektionswelle hat sich von selber auch ohne Maßnahmen gebrochen und schon der erste Lockdown war absoluter Unsinn. Ab da habe ich mich eingearbeitet und versucht, wieder aufzufrischen, was ich über Impfungen aus meinem Studium wusste. Als mir klar wurde, dass die mod-RNA-Impfung keine Impfung im klassischen Sinne ist, hat es bei mir begonnen, problematisch zu werden. Der Hebel hat sich bei mir endgültig umgelegt, als ich gemerkt habe, dass nicht fachlich, rational, medizinisch argumentiert wurde, sondern eine Angstkampagne im Gange war. Hier wurde machtpolitisch und emotional gearbeitet.



Jens Knippahls

Multipolar: *Wie haben Sie 2021 die Impfkampagne, das Drängen zur Impfung und die Diskussion um eine generelle Impfpflicht wahrgenommen? War das der Zeitpunkt, an dem Sie angefangen haben, sich gegen die Maßnahmen zu engagieren?*

Knippahls: Das hat eher gegen Ende des Jahres 2020 begonnen. Zu Anfang habe ich einen großen Fehler gemacht. Ich habe versucht, Menschen davon zu überzeugen, sich nicht zu spiken zu lassen. Ich bezeichne die mod-RNA-Impfung gemäß Professor Haditsch als „Spikung“, weil der Begriff „Impfung“ irreführend ist. Denn der Wirkmechanismus ist bei der Gabe von modifizierter RNA ein vollkommen anderer als bei einer konventionellen Impfung. Meine Warnung davor war ein Fehler, weil man Menschen, die Angst haben, nicht rational auf sachlicher Ebene erreichen kann. Das kann man bis heute nicht. Ich habe die ganze Debatte um die allgemeine Impfpflicht als katastrophal erlebt. Ich kann nicht verstehen, dass es möglich gewesen ist, dass Machtpolitik so unser System unterlaufen kann. Als es dann die ersten Montagsspaziergänge gab, sind meine Frau und ich mitgelaufen.

Multipolar: *Wann haben Sie angefangen, auf die Kommunalpolitiker in Wolfsburg zuzugehen?*

Knippahls: Das erste Mal, dass wir an die Politik direkt herangetreten sind, war im Dezember 2021. Da haben meine Frau und ich zweimal eine halbe oder dreiviertel Stunde mit Herrn Weilmann, dem Oberbürgermeister von der CDU hier in Wolfsburg, telefoniert und haben ihn gebeten, offen zu diskutieren, damit es nicht zu einer allgemeinen Impfpflicht kommt. Dabei hat er sich als klarer Impfpflichtbefürworter geoutet. Herr Weilmann hat uns schon damals vor drei Jahren zugesagt, dass er in Wolfsburg einen Runden Tisch einrichten wird. Dazu sollten wir eingeladen werden, und es sollte offen darüber diskutiert werden, was während der Corona-Zeit passiert ist. Das hat er schon damals nicht eingehalten. Der Runde Tische ist nie einberufen worden, und er hat uns auch nicht mehr kontaktiert, obwohl ich nachgehakt habe. Später, gegen Mitte 2024, hat die Braunschweiger Zeitung mich angerufen, um mit meiner Frau und mir ein Interview im Rahmen einer Berichtsreihe zu 75 Jahren Grundgesetz zu machen. Wir wurden zum Artikel 8, der Versammlungsfreiheit, befragt und konnten über unsere Erfahrungen bei den Montagsspaziergängen berichten. Das Interview hat ziemlich viel Aufsehen erregt, und im Zuge dessen bin ich dann auf die Idee gekommen, an einer Bürgerfragestunde teilzunehmen. Das war im September 2024. Denn von den Parteien, die im Stadtrat von Wolfsburg sitzen, wollte uns keine unterstützen – auch die AfD nicht. Leider ist es in

einer Bürgerfragestunde so, dass man als Teilnehmer nur eine Frage stellen kann. Die Antwort auf meine Frage war so unterirdisch, dass ich danach nicht locker gelassen habe.

Multipolar: Was war die Frage und wie war die Antwort?

Knipphals: Ich habe gefragt, ob es nicht an der Zeit sei, dass der Rat der Stadt Wolfsburg angesichts der Erkenntnisse zur mangelnden Wirksamkeit von Maßnahmen und Spikung eine umfassende kritische Analyse der politischen Corona-Krise vornimmt und dafür auch ungeimpfte Betroffene zu Wort kommen lässt. Und ob es nicht auch angebracht wäre, um Verzeihung zu bitten und sich für Fehler zu entschuldigen. Die Antwort ging überhaupt nicht auf meine Frage ein. Es hieß, die Maßnahmen seien aufgrund von mehreren Corona-Todesfällen, die 2020 in einem Altenheim in der Region aufgetreten sind, gerechtfertigt gewesen. Außerdem kam dieses Totschlagargument, dass schließlich 180.000 Menschen in Deutschland an der Krankheit gestorben seien. Dabei wird jedoch nicht differenziert, ob an oder mit der Krankheit. Die Antwort hat bei den Zuschauern massive Unmutsbekundungen hervorgerufen.

Multipolar: Wie ging es dann weiter?

Knipphals: Erst habe ich versucht, per E-Mail wieder Gesprächsangebote an die Parteien im Rat zu versenden, bin aber nicht gehört worden. Ich bekam Rückmeldungen von Ratsmitgliedern, dass ich sie aus dem E-Mail-Verteiler nehmen soll. Mir wurde deswegen auch mit der Polizei und dem Rechtsanwalt gedroht. Daraufhin habe ich mich entschlossen, so lange an den Bürgerfragestunden teilzunehmen, bis ich vernünftige Antworten bekomme. Vor der nächsten Fragestunde im November hatte ich dann Kontakt mit dem neuen Chefredakteur der Wolfsburger Allgemeinen, Herrn Lieb. Zu seinem Vorgänger bin ich nie durchgedrungen, doch Herr Lieb ist sehr offen und sieht beide Seiten. Mit ihm konnte ich mich länger unterhalten. Er hat mir seine Kritik vorgetragen, er hat sich aber auch meine Kritik wirklich angehört. Daraufhin ist ein Artikel über mich und meine Fragen an den Oberbürgermeister und den Rat mit dem Titel „Jens Knipphals lässt nicht locker“ erschienen. Darin wurden meine Fragen [siehe Anhang, Anm. der Redaktion] jedoch lediglich angerissen. Als der Beitrag eine Woche vor der Fragestunde herauskam, hat Herr Weilmann mich noch am selben Tag angerufen und mit mir ein Treffen vereinbart. Ohne mein Wissen hat er den Ratsvorsitzenden Ralf Krüger von der SPD hinzugeladen, so dass wir dann zu dritt im Büro des Oberbürgermeisters eineinhalb Stunden zusammensaßen.

Multipolar: Was wurde dort besprochen?

Knipphals: Sie haben mir gesagt, dass sie weisungsgebunden seien und nur umsetzen würden, was von Bund und Land vorgegeben wird. Darauf habe ich dann geantwortet, dass ich dafür kein Verständnis habe. Wir leben ja schließlich in einer Demokratie und nicht in einer Diktatur. Die Kommunalpolitik äußert sich ja auch zum Ukraine-Krieg und zu VW, obwohl sie zu diesen Themen kaum Einfluss hat. Im schlimmsten Fall kann man auch zurücktreten, wenn man etwas nicht umsetzen will. Ich habe versucht, faktisch, rational und sachlich zu argumentieren. Und dann ist ein Satz gefallen – ich weiß nicht mehr, wer von den beiden es war –, der mich schockiert hat. Man sagte mir, man würde nicht zu Kreuze kriechen.

Multipolar: Vor den Kritikern der Maßnahmen?

Knipphals: Ja, genau. Sie wollen also keine Schuld auf sich nehmen, dass sie etwas falsch gemacht haben. Dazu sind sie nicht in der Lage. Das wollen sie nicht. Ich habe Verständnis dafür, dass auch sie falsch informiert worden sind, dass sie mit einer Angstkampagne konfrontiert wurden und man ihnen Dinge gesagt hat, die angeblich von RKI

und PEI abgesehen worden sind. Was ich ihnen aber vorwerfe, ist, dass sie Leute wie mich nicht anhören und mir keine Chance geben, Argumente öffentlich vorzubringen, die sie sachlich und fachlich davon überzeugen, etwas Falsches gemacht zu haben.

Multipolar: Was haben die Lokalpolitiker aus Ihrer Sicht falsch gemacht?

Knippahls: Weilmann und Krüger haben den Behauptungen von Biontech und Lauterbach geglaubt, dass die Spikung Krankheitsübertragungen verhindert beziehungsweise nebenwirkungsfrei sei. Das hat sich als falsch herausgestellt. Wo war dann der Grund dafür, Ungeimpfte zur Spikung zu drängen?

Multipolar: Sie werfen den beiden Politikern also vor, dass Sie die Impfkampagne, Maßnahmen wie 2G und 3G sowie die Impfpflicht unterstützt haben?

Knippahls: Genau.

Multipolar: Und Sie fordern nun eine vollständige Rehabilitierung der Ungeimpften?

Knippahls: Natürlich.

Multipolar: Und wie genau soll das aussehen?

Knippahls: Das ist das Schwierige an der Geschichte. Sie müssten mehr Verantwortung tragen und Schuld auf sich nehmen. Ich differenziere in dieser Hinsicht durchaus. Menschen wie Merkel, Spahn, Scholz, Lauterbach und vor allen Dingen Drost, Cichutek und Wieler müssten, wenn unser System noch funktioniert, vor Gericht kommen. Denn sie haben vermutlich vorsätzlich gehandelt. Dafür gibt es genug Hinweise. Beispielsweise hat sich die damalige rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Dreyer erst gegen Schulschließungen ausgesprochen. Wenige Tage später ist der bayrische Ministerpräsident Söder vorgestoßen und hat Schulschließungen in seinem Bundesland angekündigt. Daraufhin sind ihm die übrigen Bundesländer gefolgt. Des Weiteren hat Drost zugegeben, dass der erste Lockdown trotz sinkenden R-Werts eine politische Entscheidung war.

Multipolar: Sie fordern also vom Oberbürgermeister und Ratsvorsitzenden, eine Schuld einzugestehen, die möglicherweise nicht nur politische, sondern auch rechtliche Konsequenzen für die beiden haben könnte. Für wie realistisch halten Sie das?

Knippahls: Das ist eine schwierige Situation, aber wie wollen Sie es denn anders angehen? Sie haben Fehler gemacht, das ist ein Fakt. Und sie hätten es wissen können. Die Verantwortlichen versuchen, sich damit herauszureden, dass sie mit dem Wissen von heute vielleicht etwas anderes gemacht hätten. Diese Politiker kleben an ihrem Amt und tun nicht das, was sie eigentlich machen müssten, nämlich für die Menschen handeln. Die Lockdowns haben Existenzen zerstört und hatten sehr negative Folgen für unsere Kinder.

Multipolar: Wie kann auf kommunaler Ebene ein Dialog entstehen, der zu einer Aufarbeitung führt?

Knippahls: Im Wahlbezirk Wolfsburg-Helmstedt hat sich für die Bundestagswahl ein CDU-Kandidat durchgesetzt, der offen für mein Anliegen ist. Er hat mir eine E-Mail geschrieben und die war so, wie ich sie mir von einem Politiker vorstelle. Der Mann hört zu, der Mann nimmt auf, der Mann reagiert, differenziert. Das ist jemand, den ich akzeptieren kann. Aber das, was Weilmann und Krüger machen, das funktioniert nicht. Sie müssten zurücktreten, freiwillig.

Multipolar: Nun haben der Oberbürgermeister und der Ratsvorsitzende einen für den 30. Januar angesetzten Gesprächstermin mit Ihnen und weiteren kritischen Ärzten und einer Vertreterin von Impfgeschädigten abgesagt. Mit welcher Begründung?

Knippahls: Seit Anfang November gab es die Vereinbarung, dass wir diesen Termin machen. Es stimmt, dass Herr Weilmann und Herr Krüger immer wollten, dass das nur eine kleine Gesprächsrunde bleibt. Ich habe aber nie ein Zweifel daran gelassen, dass ich es anders möchte. Dann wurde der Gesprächskreis von Weilmann und Krüger vergrößert. Es waren vonseiten der Stadt erst drei Leute geplant, also Weilmann, Krüger und der Chef vom Gesundheitsamt. Dann kam noch der Chef vom Bürgerdienst, ein Bürgerdienstmitarbeiter und eine Pressevertreterin der Stadt hinzu. Deswegen habe auch ich noch mehr Teilnehmer geladen. Es kamen von unserer Seite noch der Arzt Steffen Grüner, Vorsitzender der Werteunion in Niedersachsen, der Arzt und fraktionslose Abgeordnete des niedersächsischen Landtags Jozef Rakicky sowie die Gründerin der Wolfsburger PostVac-Selbsthilfegruppe Kezia-Melinda Kumpf hinzu. Und dann ergab sich ein Kontakt mit Herrn Markus Bönig, dem Betreiber der Initiative Beitragsblocker. Er bot mir an, mit dabei zu helfen, die Blockade durch die örtlichen Medien zu durchbrechen. Er hat 40.000 Flyer drucken lassen, die auf das Treffen hinwiesen und um öffentliche Unterstützung vor dem Rathaus und in der Bürgerhalle baten. Verteilt wurden die Flyer von Mitgliedern der Freiheitsboten. Das hat dann scheinbar die Stadt so schockiert, dass sie diese Aktion zum Anlass nahmen, den Termin abzusagen – mit der Begründung, ich hätte mich nicht an Vorgaben gehalten. Es gab aber keine Vorgaben, auf die wir uns geeinigt hätten. Das kann ich anhand unseres E-Mail-Verkehrs auch belegen.

Multipolar: Denken Sie, dass die Politiker Ihnen den Termin nur angeboten haben, um Sie zu beschwichtigen, eine öffentliche Aufarbeitung aber gar nicht wollen? Blickt man auf die Bundesebene, dann findet sich im Wahlprogramm der CDU/CSU kein Wort zu Corona. Die SPD will zwar laut Wahlprogramm eine „umfassende“ Aufarbeitung, sagt aber nicht, wie das vonstatten gehen soll.

Knippahls: Was mich so gefährlich macht, ist, dass ich keine politischen Ambitionen habe. Ich will nicht Oberbürgermeister werden, ich will nicht in den Landtag, ich will nicht in den Bundestag. Ich bin Rentner und habe vier Enkel. Ich sage einfach nur Fakten. Ich kommuniziere viel per E-Mail, und es ist unfassbar, was mich da alles erreicht, an Positivem wie Negativem. Viele Menschen aus Wolfsburg schreiben mir, sie könnten sich nicht selber engagieren. Sie würden noch nicht einmal einen Leserbrief in ihrem Namen schreiben, weil sie Angst haben. Oder ein anderes Beispiel: Der ehemalige Chef des Gesundheitsdienstes von Volkswagen hat auf eine Frage von mir geantwortet, man müsste ja auch einmal in den Vordergrund stellen, wie toll Deutschland durch diese Krise gekommen ist. Als ich das veröffentlicht habe, habe ich einen Shitstorm erhalten von vielen Menschen, die gesagt haben, dass dieser Mann in einem Paralleluniversum lebt. Der weiß gar nicht, was er uns alles angetan hat. Ich sehe mich als Sprachrohr dieser Menschen.

Multipolar: Der Gesprächstermin wurde vom Oberbürgermeister abgesagt und Sie haben die Öffentlichkeit zu einer Versammlung vor dem Rathaus aufgerufen. Wie ist diese verlaufen? Kam es noch zu einem Dialog mit der Stadtverwaltung?

Knippahls: Nein, zu einem Austausch ist es nicht gekommen. Ich habe vor dem Rathaus eine Rede gehalten, in der ich den Rücktritt von Weilmann und Krüger gefordert habe. Ich möchte die Spaltung der Gesellschaft überwinden. Dazu ist eine umfassende Aufarbeitung der Corona-Krise in der Öffentlichkeit notwendig, welche diese beiden Politiker verhindern. Was die Absage von Gesprächsrunden angeht, ist Herr Weilmann ein Wiederholungstäter. Ich

habe den Eindruck, dass er in Wirklichkeit eine öffentliche Aufarbeitung mit allen Mitteln verhindern will. Ich bin inzwischen absolut desillusioniert. Es geht nur noch, indem die Verantwortlichen gehen. Die etablierten Parteien müssen sich wandeln, sonst wenden sich die Menschen immer mehr von ihnen ab.

Anmerkung der Redaktion: Multipolar hat dem Wolfsburger Oberbürgermeister Dennis Weilmann ein Interview angeboten, um ihm die Möglichkeit zu geben, seine Position darzustellen. Weilmann, vormals selbst Journalist sowie später Leiter des Kommunikationsreferats seiner Stadt, lehnte ab. „Leider“ könne man „der Anfrage nicht nachkommen“, so sein Sprecher.

Zum Interviewpartner: Jens Knippals ist Zahnarzt im Ruhestand. Aus einer Wolfsburger Sportlerfamilie stammend, war er in seiner Jugend mehrfach Deutscher Meister im Weitspringen und gewann 1983 bei den Leichtathletik-Halleneuropameisterschaften in Budapest Bronze.

Anhang

Fragen von Jens Knippals an den Oberbürgermeister und den Rat der Stadt Wolfsburg:

1. Weshalb wurden Ungeimpfte und Maßnahmen-Kritiker und deren fachliche Argumente während der politischen Corona-Krise nicht gehört, beziehungsweise ignoriert?
2. Weshalb wurde deren Ausgrenzung, Diskreditierung, Entmenschlichung („verzichtbare Blinddärme“ etc.) nicht entgegengetreten?
3. Mit welchem Selbstverständnis konnten fachlich falsche Maßnahmen wie 3G, 2G, einrichtungsbezogene Impfpflicht, Maskenpflicht im Freien, Inzidenz etc. pp. angeordnet und durchgesetzt werden, obwohl die fachlich erdrückende Beweislage dagegen jederzeit vorhanden und bekannt war?
4. Wie war es möglich, dass sogar „Impf“-Zwang (einrichtungsbezogene Impfpflicht), mit dadurch bedingtem Arbeitsplatzverlust und Praxis-Schließungen, eingeführt und sogar der (glücklicherweise fehlgeschlagene) Versuch unternommen wurde, eine allgemeine Impfpflicht einzuführen? (Den auch Herr Oberbürgermeister Weilmann unterstützte und gegenteilige Informationen ablehnte!)
5. Was werden Rat und Verwaltung in Wolfsburg tun, um verloren gegangenes Vertrauen in die Politik, die Institutionen, die Medien und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zurückzugewinnen und die Spaltung der Gesellschaft zu überwinden?
6. Und in welcher Form übernehmen Rat und Verwaltung in Wolfsburg persönlich Verantwortung für die erheblichen Folgen der politischen Corona-Krise, bei der massive vermeidbare physische, psychische und wirtschaftliche Schäden entstanden sind?